

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neueste Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstage,
Donnerstage, Samstage

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Anzeiger
Kosten die einpaltige Kolonelle
ober deren Raum 16 Bfg.
Für auswärtige Besteller 20 Bfg.
Reklamen 60 Bfg.

Bezugspreis
monatlich 80 Bfg., mit Bringer-
lohn 85 Bfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 M.,
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Nr. 138

Donnerstag, den 21. November 1918.

26. Jahrgang

Zur inneren Lage.

Reichsregierung und Nationalversammlung.

Berlin, 20. Nov. Staatssekretär Dr. Preuß empfing den Mitarbeiter der „Parlamentarischen Korrespondenz“ und sagte über die Wahlen zur Nationalversammlung: Alle Mitglieder der Reichsregierung sind sich über die unbedingte Notwendigkeit der denkbar schnellsten Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung vollständig einig. Unsere öffentliche Meinung darf darüber beruhigt sein. Ob der 2. Februar als Wahltermin eingehalten werden kann, hängt einfach von der Möglichkeit ab, die technischen Schwierigkeiten bis dahin zu überwinden. Diese Schwierigkeiten sind gewaltig. Nach einer runden Schätzung werden etwa 40 Millionen Wähler an die Urne treten. Den Wahlstatistiken kann leider nur die Volkszählung von 1910 zugrunde gelegt werden, weil die im Kriege vorgenommenen Volkszählungen für diese Zwecke unzureichend sind. Das jetzt zu beschließende Wahlgesetz gilt selbstverständlich nur für die konstituierende Nationalversammlung, die für die ihr folgenden legislativen Nationalversammlungen das endgültige Wahlgesetz erst zu bestimmen haben wird. Deshalb muß auf die besondere Schwierigkeit dieser ersten Wahl Rücksicht genommen werden. Ebenfalls ist eine Verzögerung des Wahltermins nicht um jeden Preis am 2. Februar stattfinden, aber der einmal gewählte Termin soll endgültig bleiben und nicht wieder verschoben werden. Ich hoffe von ganzer Seele, daß die Nationalversammlung, deren Hauptaufgabe die neue Verfassung der jungen Republik ist, jeden deutschen Mann und jede deutsche Frau fest und einzig an das Vaterland binden wird. Die nationale Einheit Deutschlands nach allen gewolligen äußeren und inneren Ereignissen nicht nur unverbrüchlich festzuhalten, sondern in freien und festen Formen noch fester zu entwickeln und auszugestalten, das ist zurzeit das höchste und wichtigste Anliegen jedes einzelnen Deutschen und des ganzen deutschen Volkes. Nur uns kann es keinen fürchterlichen Gedanken geben als die Gefahr, daß in dem Augenblick, wo sich draußen die staatliche Welt auf Grund des Nationalitätsprinzips neu gestaltet, der Zusammenhalt des deutschen Nationalstaats bedroht sein könnte. Damit würde das deutsche Volk wiederum zum Schicksalsbrüder unter den Völkern werden, und auch die junge politische Freiheit würde auf das schwerste gefährdet. Durch die Beseitigung der dynastischen Hemmnisse haben sich die Voraussetzungen für eine Stärkung deutscher Einheit bedeutungsvoll gemehrt. Die Nationalversammlung der deutschen Republik muß beweisen, daß der Volksstaat der deutsche Nationalstaat ist; sonst sind die politischen und wirtschaftlichen, die materiellen und ideellen Interessen jedes Deutschen in Nord und Süd, in Ost und West gleichmäßig schwer bedroht.

Dann begann die Diskussion. Im Namen der Berliner Anwaltschaft wies Geh. Justizrat Fuchs den Vorwurf zurück, daß die Rechtsanwälte der alten Regierung Scherzgebühren geleistet hätten. Das Verhalten der Anwaltschaft im Falle Liebknecht sei der beste Gegenbeweis. Rechtsanwält Zehle erklärte, daß 2000 Berliner Anwälte die neue Regierung unterstützen, und 18 000 Kollegen im Reich würden sich wahrscheinlich anschließen. Man solle die Deutschen in Oesterreich bei der Nationalversammlung nicht vergessen.

Zu stürmischen Szenen kam es in der Versammlung, als der Matrose Köhler sich darüber beschwerte, daß vielfach Arbeiter gesagt hätten, die Matrosen könnten aus Berlin heraus haben wollen und habe auf den Kopf jedes Matrosen 2000 Mark gesetzt. Der Matrose wurde von stürmischen Zwischenrufen sowohl aus der Versammlung wie von der Rednertribüne unterbrochen, er solle Beweise dafür bringen. Der unabhängige Sozialist Däubig erklärte, daß das alte System noch lange nicht gestürzt sei. Nur das Oberhaupt sei beseitigt. Das Volk solle sich nicht durch das „blöde Gerede über den Volksweltismus“ irre machen lassen. H. Müller vom Vorstand der alten Sozialdemokratie, ebenso wie Haase verwiesen auf die großen technischen Schwierigkeiten der Wahlen zur Konstituante. Ledebour, der gegen Haase und andere zu polemisieren versuchte, wurde stürmisch unterbrochen. Ebert und Liebknecht kamen nur noch in persönlichen Bemerkungen zum Wort. Liebknecht forderte die sozialistische Revolution. Ebert schloß sich Haase an.

Die Versammlung endete damit, daß die Resolution mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Die Marine.

W. Wilhelmshaven, 20. Nov. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der A- und S-Käte der Marine wurde folgendes beschlossen: Von den obersten Soldatenräten der Marine der Offize, der Nordsee-Station und auf der Niederelbe wird ein Hauptausschuß der Marine gebildet, der zu militärischen Anordnungen für die Gesamtheit der Marine berechtigt ist und der seinen Sitz in Wilhelmshaven hat. Die Wahl dieser Anordnungen erfolgt auf demokratischer Grundlage. Die Anordnungen treten in Berlin zusammen, kontrollieren das Reichsmarinemamt, den Admiralstab und wählen dort aus ihrer Mitte fünf Kameraden als Zentralrat der Marine. Diese fünf müssen geschulte Sozialisten aus der Zeit vor dem Kriege sein. Alle Anordnungen des Reichsmarinemamts und des Admiralstabs sind außer vom Staatssekretär von einem Mitglied des Zentralrates zu unterzeichnen. Alle Anordnungen bilden einen 3er Ausschuß, der die täglich festzusetzenden allgemeinen Anordnungen dem Zentralrat vorlegt, der sie an die obersten Soldaten- und Marinerräte weitergibt.

Kriegswichtige Betriebe und die Arbeiter.

W. Berlin, 20. Nov. Seit Abschluß des Waffenstillstandes entfällt die Voraussetzung, unter der die Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie als „kriegswichtig“ zu gelten hatten. Damit ist auch das Fortbestehen der Verordnung, wonach die Arbeiter jener Betriebe, die infolge Rohstoffmangels nicht mehr aus Reichsmitteln entschädigt werden, aus dem Boden entzogen. Trotzdem soll die Entschädigung der Arbeiter solcher Betriebe, die die Arbeit wegen Rohstoffmangels vor dem 12. November 1918 eingestellt oder beschränkt haben, bis 25. November fortgewährt werden. Die neugeschaffene Erwerbslosenfürsorge sieht aber ausdrücklich eine besondere Regelung der Unterstützung von Arbeitern vor, die infolge vorübergehender Betriebsseinstellung oder Einschränkungen einen Lohnausfall erleiden.

Der Protest Fehrenbachs.

W. Berlin, 21. Nov. Der Präsident des Reichstages, Fehrenbach, hat an die Reichsleitung einen Protest gerichtet, weil diese den Reichstag nicht mehr einberufen und ihn ohne weiteres außer Tätigkeit gesetzt hat. Der „Vorwärts“ schreibt hierzu: Der Standpunkt der Reichsregierung ist vollkommen korrekt, und es ist nicht einzusehen, mit welchen Gründen Herr Fehrenbach seinen Protest stützen will. Revolution bedeutet nun einmal den vollständigen Sturz des bisherigen Verfassungslebens. Mit ihr verschwinden die bisherigen Träger der Regierung und der gesetzgebenden Gewalt, um der sich aus der Revolution ergebenden neuen Ordnung Platz zu machen. Trotz aller Buchstabenjuristen ist die Revolution Rechtsquelle. D. h. der Ursprung neuen Rechts, das sich auf sie gründet und von ihr seinen Anspruch auf Geltung nimmt.

Baden.

lg. Karlsruhe, 20. Nov. Für die am 5. Januar stat findenden Wahlen zur badischen Nationalversammlung wird das Land in vier Wahlbezirke eingeteilt. In diesen vier Wahlkreisen werden zusammen 105 Abgeordnete zu wählen sein. Die Zweite Kammer umfaßt 73 Abgeordnete. Die Wahl findet auf Grund des Verhältniswahlrechts statt.

Die Voraussetzung des Friedens.

Es wäre übereilt, wollte das deutsche Volk annehmen, daß ihm der Frieden, den es ersehnt und den es dringend braucht, schon gewiß ist. Der Waffenstillstand ist da, aber über den Frieden wird erst verhandelt werden müssen. Und da stellt nun die Entente eine Bedingung und fügt hinzu, daß sie unter keinen Umständen mit sich über den Frieden reden lassen werde, wenn die Bedingung von Deutschland nicht erfüllt wird. Mit dieser unerhittlichen Forderung der Entente befaßt sich der Volksbeauftragte Scheidemann im „Vorwärts“. Er sagt: „Es ist zu hoffen, daß schon die allerersten Wochen den Präliminarfrieden bringen werden, der ebenso wie der Waffenstillstand eine vorläufige Regelung bedeutet. Den endgültigen Frieden aber, der zugleich die Neuorganisation unserer Geschäftsbeziehungen zu unseren bisherigen Gegnern und unsere Wiedereinrichtung in Weltverkehr und Welthandel, also konsolidierte Verhältnisse bringen soll, wird die Entente nur mit einem konsolidierten Deutschland abschließen. Das haben alle ihre Wortführer oft und dringend genug erklärt, und diese Erklärung ist nur eine Falschheit aus Unvermögen“

Stützen Drohung, ein terroristisch beherrschtes Deutschland mit Waffengewalt befehlen zu lassen.

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Entente ein von einer Minderheit terroristischer Deutschland nicht für verhandlungsfähig nehmen wird. Ja, man darf vielleicht nicht einmal so optimistisch wie Scheidemann sein und sagen, daß nicht einmal ein Präliminarfrieden zustande kommen würde, wenn die Entente zu befürchten hätte, daß Deutschland der Unordnung oder gar dem Volksweltismus verfallen könnte. Schon vor einigen Tagen hat Wilson es sehr nächtern ausgesprochen, daß das neue Deutschland nur dann auf seinen Friedensbeitand und, was sicherlich nicht weniger wichtig ist, auf amerikanische Lebensmittellieferungen rechnen dürfte, wenn es in der Lage ist, die Staatsverfassung, die es sich durch die Republik gegeben hat, so aufrecht zu erhalten, daß eben wirklich von einer staatlichen Ordnung gesprochen werden kann. Vor kurzem ließ uns Wilson solche Mahnung zum zweitenmal durch den Obersten House und den Staatssekretär Lansing zuteil werden: er werde einer revolutionären Diktatur gegenüber den gleichen Standpunkt einnehmen, den er der Diktatur der Hohenzollern gegenüber eingenommen habe: der Gewalt keinen Frieden und kein Brot. Den gleichen Standpunkt haben auch Lloyd George und Balfour im englischen Parlament vertreten. Damit ist eigentlich ein Frieden, was das deutsche Volk zu tun hat. Es muß den Frieden, und es muß so schnell wie möglich einen Präliminarfrieden bekommen. Die Waffenstillstandsbedingungen waren gut. Die Bedingungen des Präliminarfriedens waren so, so sagen die Engländer, schon eine wesentliche Verbesserung gegenüber den Bedingungen des Waffenstillstandes, aber sie werden uns eben nur dann bekannt und gut werden, wenn die unbedingte Voraussetzung, die Voraussetzung, von der die Entente unter keinen Umständen abzugehen gedenkt, erfüllt ist: ein Deutschland, das sich dem russischen Chaos, das es sich als würdig und fähig erweist, die Republik als Staat auszubauen und so erbeitsfähig zu machen, daß sie nach außen hin zugleich verhandlungsfähig ist. Auch der amerikanische Gesandte in Kopenhagen hat sich in solchem Sinne ausgesprochen. Er hat den Volksweltismus als ein Gesellschaftsungeheuer gekennzeichnet und erklärt, daß Amerika den Kampf gegen dieses Unheil unter allen Umständen führen werde. Will Deutschland den Frieden, so wird es solcher Voraussetzung der Entente gerecht zu werden haben.

Waffenstillstandsbedingungen.

Eine Bitte um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.

W. Berlin, 20. Nov. (Amtlich.) Den gegnerischen Regierungen wurde durch Vermittlung der schweizerischen und holländischen Regierung folgende Note übermilt:

Der deutsche Bevollmächtigte der Waffenstillstandskommission in Spaa übergab am 16. November folgende Note: An die gegnerischen Vertreter! Im Auftrage der deutschen Regierung habe ich auf folgendes nachdrücklich hinzuweisen: Bei Aufgabe der jetzt beiziehenden Sirenen werden die drei einzigen Lokomotiven übergeben. Im ganzen handelt es sich dabei um rund 3000 Lokomotiven. Die Zuführung der übrigen, etwa 2000 Lokomotiven, würde den Zusammenbruch des deutschen Eisenbahnbetriebes und damit eine sehr schwere Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten. Hungerrevolten mit ihren unausbleiblichen Folgen wären zu erwarten. Außerdem würde infolge der Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen, z. B. die Gefangenenaustausch, unmöglich sein. An Eisenbahnwagen werden voraussichtlich etwa 100 000 Wagen im besetzten Gebiet zurückgelassen. Die Ausführung des Restes der Wagen aus Deutschland stößt bei der gegenwärtigen Lage auf Schwierigkeiten, deren Behebung nicht abzusehen ist. Hierauf erwiderte Marschall Foch durch folgenden Antwortspruch: „Die Frage ist nicht klar. Artikel 7 der Konvention setzt die Frist von 31 Tagen für die Auslieferung von 5000 Lokomotiven und 100 000 Wagen fest. Die Frist kann nicht geändert werden. Ich helfe nur anheim, Lieferungsstaffeln vorzuschlagen, um die völlige Lieferung in der festgesetzten Frist zu erreichen.“

Die deutsche Regierung macht erneut auf die unabsehbaren Folgen aufmerksam, die bei Durchführung der Bestimmungen des Artikels 7 der Waffenstillstandskonvention drohen und bittet dringend eine Milderung der Bestimmungen herbeizuführen.

(20.) Dr. Solz, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Deutsch-englische Flotten-Verhandlungen.

20. Nov. Ueber den Gang der Verhandlungen der Abordnung der deutschen Marine mit dem englischen Flottenchef-Admiral Beatty in Roanib erfahren wir von zuständiger Stelle folgende Einzelheiten: Der englische Flottenchef hatte an den Chef der deutschen Hochseeflotte Admiral v. Sippert unmittelbar persönlich durch Zusage die Aufforderung zu ergoßen lassen, einen Flaggoffizier der deutschen Marine zu weiteren Verhandlungen nach Roanib zu senden. Der Chef der Hochseeflotte beauftragte Konteradmiral Meurer mit der Führung der Verhandlungen. In der Begleitung des Konteradmirals Meurer befanden sich Korvettenkapitän Hinzmann, Kapitänleutnant Saalwächter, Kapitänleutnant von Freudenreich, Leutnant z. S. Braune und eine Abordnung des Soldatenrates der Hochseeflotte und der Republik Oldenburg-Ost-Friesland. Die „Königsberg“ ankerte auf der Außenseite sofort. Nach dem Ankerwerfen kam ein Offizier aus dem Stabe des Admirals Beatty an Bord der „Königsberg“ und überbrachte ein Schreiben des englischen Flottenchefs, das die Bitte an Admiral Meurer enthielt, mit den ihn begleitenden Offizieren seines Stabes auf das englische Flagggeschiff zu kommen. Zur Uebersahrt wurde der englische Fregatkapitän „Daf“ gestellt. Auf die Anfrage des Konteradmirals Meurer, ob auch die drei Mitglieder des Soldatenrates der Flotte der Sitzung beiwohnen sollten, lehnte der auf die „Königsberg“ entsandte englische Offizier die Beibehaltung des Soldatenrates im Auftrag des Admirals Beatty ab. Die drei Mitglieder mußten inselgedessen auf der „Königsberg“ zurückbleiben. Auf dem englischen Flagggeschiff wurde sofort eine Sitzung abgehalten. Admiral Beatty las die Zusammenstellung der von ihm gewünschten Ausführungsbestimmungen des Waffenstillstandsvertrages vor und erklärte, daß er von der Entente und den Vereinigten Staaten beauftragt sei, alle Fragen des Waffenstillstandes zur See zu regeln. Er bat Konteradmiral Meurer, sich die gleiche Vollmacht erteilen zu lassen. Auf funktentelegraphischem Wege wurde die Vollmacht eingeholt. Auf die mündliche Mitteilung des Konteradmirals Meurer, daß an Bord der „Königsberg“ sich drei Mitglieder des Soldatenrates der Flotte und der Republik Oldenburg-Friesland befänden, lehnte Admiral Beatty jede Verhandlung mit dieser Abordnung ab, da er nicht autorisiert sei, Mitglieder einer Regierung zu empfangen, die von der englischen Regierung nicht anerkannt sei. In dieser Sitzung beantwortete Konteradmiral Meurer die von Vize-Admiral Beatty gestellten Fragen, in die sich die Besprechung einzelner Punkte anschloß. In das Schlußprotokoll, das in der Schlußsitzung am 16. November abends aufgestellt wurde, wurden im wesentlichen die Ausführungsbestimmungen für die Ueberführung der U-Boote und der zu internierenden Schiffe und Torpedoboote, sowie eine Reihe Fragen aufgenommen, die die deutsche Abordnung nach ihrer Rückkehr in Deutschland klären müßte. Erwähnenswert ist, daß Admiral Beatty sich bereit erklärte, auf diesen Artikel 24 der Waffenstillstandsbedingungen, der fordert: „Besetzung der Ozean-Verbindungen vorläufig zu verzögern, wenn von deutscher Seite sofort die erforderlichen Ausrüstungsarbeiten in der Ozean-Verbindung in Angriff genommen würden.“

Aus den Parteien.

19. Nov. Ein maßgebender Kreis rheinischer Zentrumskräfte veröffentlicht in der „Rheinischen Volkszeitung“ einen neuen großen Programm-Entwurf. Die Partei führt den Titel „Freie deutsche Volkspartei“.

20. Nov. Der Vorstand des Kölner Nationalliberalen Vereins beschloß einstimmig, sich dahin auszusprechen, daß unter den gegebenen Verhältnissen als Regierungsform für Deutschland nur die große deutsche soziale

(nicht sozialistische) Republik in Frage kommt. Es sollen sofort Schritte eingeleitet werden, um mit der fortschrittlichen Volkspartei die Gründung einer einzigen freiheitlichen Volkspartei vorzuschlagen.

(d.) Bremen, 20. Nov. Der Abg. Henke trat im Arbeiterrat für die Diktatur des Arbeiter- und Soldatenrates ein; er lehnte die Einberufung der Nationalversammlung und das Wahlrecht der Frauen ab. Ein Redakteur knief forderte die Bildung kommunistischer Garben und die Führung des Kampfes nach russischem Muster.

Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat.

Berlin, 20. Der jetzigen Regierung fehlt es an der nötigen Kraft. Sie fehlt es, daß ihr Einfluß gering ist, deshalb, weil der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates Anspruch darauf erhebt, der bestimmende Teil zu sein. In diesem Bewußtsein fand im letzten Busch eine Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Beisein der gesamten Reichsregierung statt, um die Kompetenzen zwischen der Reichsregierung und dem Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte so abzugrenzen, daß die Regierung auch wirklich die Möglichkeit hat, ihre Geschäfte auszuführen, ohne daß sie von anderen Instanzen sofort wieder durchkreuzt werden. Rockefeller führte den Vorsitz. Der Vorsitzende des Vollzugsausschusses, Richard Müller, erstattete Bericht über die bisherige Tätigkeit und sagte dabei, daß die Gefahr einer Gegenrevolution im Augenblick nicht zu bestehen scheint. Große Schwierigkeiten seien aber noch zu überwinden. Noch ist dem deutschen Volke nicht klar geworden, in welchem fürchterlichen Elend wir durch den Krieg hineingetrieben wurden und welche große Schwierigkeiten vor uns liegen. Der Mangel an Rohstoffen wird zu großer Arbeitslosigkeit führen, wozu noch das drohende Gespenst der Hungersnot kommt. Weitere Schwierigkeiten erwarten dem Vollzugsrat auf dem Gebiet der Kontrolle über die Behörden und Kriegsgesellschaften. In letzteren sind Werte von vielen Millionen aufgespeichert, und unsaubere Elemente suchen besondere Geschäfte zu machen. Die Arbeiterfrage muß gelöst werden durch die Gewerkschaften im Einverständnis mit den politischen Parteien. Können sich einzelne Unternehmer nicht oder legen sie ihre Betriebe still, so werden wir diese enteignen. Wir wollen keine demokratische, sondern eine sozialdemokratische Republik. Der Redner verlas eine Resolution: Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell als möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen. Der Vollzugsrat der A- und S-Räte Groß-Berlins verlangt daher die Einberufung einer Delegierten-Versammlung der A- und S-Räte Deutschlands. Diese hat auf Grund eines von ihr festzustellenden Wahlsystems einen Zentralrat der deutschen A- und S-Räte zu wählen, der eine neue, den Grundgedanken der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu entwerfen hat. Diese Verfassung ist der von ihm zu berufenden konstituierenden Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Dann sprach Haase. Er betonte die Notwendigkeit im Gegensatz zum Vorredner, die Nationalversammlung einzuberufen, vor der sich niemand zu fürchten brauche. Die Errungenschaften der Revolution könnten dadurch nicht verloren gehen.

Eine Demütigung Ungarns.

(d.) Basel, 20. Nov. Aus einem längeren Telegramm der Schweizerischen Information über dem Empfang, der der ungarischen Friedensdelegation durch den französischen General Franchet d'Espèrey zuteil ward, geht hervor, daß der Franzose die Ungarn sehr von oben herunter behandelte und sie deutlich fühlen ließ, daß sie als Besiegte vor dem

Sieger stehen. Als ihm der Vertreter des Soldatenrates vorgestellt wurde, bemerkte er überrascht: „Gott, das ist ein toller Kerl!“ (So tief seid ihr gefallen?) Bei dem Verlangen, seine Kolonialtruppen nach Ungarn zu schicken, machte er eine abwehrende Handbewegung. Bevor er Antwort erteilte, fragte er, ob die Vertreter der Sozialdemokraten französisch verstehen, denn es handle sich um das Schicksal der armen Leute. Die Redner konnten, wenn ihnen die neue Ordnung nicht gefalle, nach der Schweiz auswandern. Als er dann sagte, die ungarische Presse habe die Franzosen verleumdet, wozu der ungarische Minister Jaszi ein: „Bloß die nationalstische Presse“. „Allez, allez!“, rief der General energisch, „je le sais, das französische Volk läßt aber Gnade walten den Ungarn gegenüber. Ich halte Eure Nationalität in meiner Hand. Es bedarf bloß eines Winkes, und Ihr seid zermalmt.“

Als die ungarischen Delegierten die Modifikation der Friedensbedingungen vorschlugen, trug ihnen der General auf, diese zu tertieren. Er zog sich inzwischen mit seinem Gefolge zum Abendessen im Rebenalon zurück. Ueber den geänderten Text verhandelte er dann nur mit den beiden Ministern allein, denen er sagte: „Es ist nicht wahr, daß General Diaz über die Bedingungen entseidet. Das obliegt mir als Oberbefehlshaber der Orientarmee. Ungarn ist jedoch kein neutrales Land, sondern ein besiegter Staat. Die Situation wäre ganz anders gewesen, wenn Sie sich vor drei oder vier Wochen an mich gewandt hätten. Nun, da ich hier in Belgrad, dem Tore Ungarns, sitze, ist es bereits zu spät.“ Als der Abgeordnete zum Sprache kam, sagte der General: „Womit hat man denn vor 150 und 200 Jahren in Ungarn geheizt?“ „Damals hatte man keine Fabriken und Eisenbahnen“, sagte Minister Jaszi. „Was haben Sie denn für Fabriken?“ „In erster Linie Mühlen“, antwortete Jaszi. „So, warum mahlen Sie denn nicht mit Windmühlen“, erwiderte der General, der jedoch zusagte, in Paris zu intervenieren, daß in die Friedensbedingungen für Deutschland der Punkt aufgenommen werde, wonach Deutschland auch weiterhin verpflichtet sei, Ungarn Kohle zu liefern. Als sich der General gegen Mitternacht verabschiedete, reichte er beiden Ministern die Hand und sagte, wenn der Waffenstillstand zustande komme, gedente er ein französisches Bataillon nach Budapest zu senden und auch Preßburg zu besetzen.

Ministerpräsident Karolai erklärt im „Pesti Naplo“, seine Verhandlungen mit General Franchet d'Espèrey seien die aufregendsten Stunden seines Lebens gewesen.

Vorgänge an der Front.

(*) Die „Süddeutsche Zeitung“ druckt einen Brief eines älteren demokratischen Herrn aus dem Felde ab. In diesem Briefe heißt es:

„Wer hätte geglaubt, daß unsere einst so starke Front über Nacht dazwischen zusammenbrechen könnte. Doch wenn man die Bilder gesehen hat, die ich sehen konnte, kann man sich nicht mehr wundern. Sie machen sich keinen Begriff von der Disziplinlosigkeit der Truppen, die in den Tagen vom 10. bis 20. Oktober herrschte, welche Verheerung lediglich aus Berührungswut vernichtet wurden. Ich spreche jetzt nur von dem, was ich gesehen und was in unserem Bezirk vorgekommen ist. So ziemlich die ganzen Heu- und Strohballen wurden erbrochen, das Heu den Pferden vorgeworfen, das meiste natürlich nicht gefressen, sondern einfach zertrümmert. Dann kam der Regen, den wir in Deutschland so dringend nötig haben, er wurde einfach den Tieren vorgeworfen. In einer Ortschaft wurden allein 180 000 Kilo vernichtet. Ein Widerstand der Wirtschaftsinpektoren war zwecklos, ja mit Lebensgefahr verbunden, denn selbst die Offiziere waren machtlos dem wilden Treiben gegenüber. Wir verurteilen, das Vieh nach rückwärts abzuschieben, damit es nicht in die Hände des Feindes fiele. Am kleinsten Teile gelang

Das Auge der Nacht.

Eine Erzählung aus Frankreich von J. B. Mitford. Deutsch von M. Walter.

340 (Nachdruck verboten.)

„Das sollt Ihr gleich sehen!“ lachte Fanning, vergnügt mit den Augen blinzelnd. „Der Strich da wird uns gute Dienste leisten. Schaut her! Das muß der Felsen sein, von dem aus Janfen damals den Abstieg wagte, und dort unter den Steinblöcke hatte er sich verkrochen, als die verwünschten braunen Teufel auf ihn schossen. Ja, beim Himmel, ich irre mich nicht! Und — besinnt Ihr Euch noch — in seiner Geschichte erzählt er, daß er bereits hier einen Diamanten gefunden. Was werden wir erst da unten entdecken?“

Seine Stimme klang so freudig und er schien so heiter, so überglücklich, wie ihn Selwyn noch nie gesehen. Nun, im Grunde war ihm ja seine Fröhlichkeit gar nicht zu verdenken, um so mehr, als er sich noch der Hoffnung hingab, den Schatz heben zu können. Würde nicht der Griesgrämigste guter Laune sein, wenn er Aussicht hätte, fabelhafte Reichthümer zu erlangen?

„Zum Glück ist das Seil genügend lang“, bemerkte Fanning, den Strich besichtigend und das Ende desselben über den Felsen in die Tiefe schleudernd. „Seid nur recht vorsichtig, Selwyn, und hängt nicht Euer ganzes Gewicht daran. Stemmt Euch so gut es geht mit den Füßen gegen das Gestein. Ich werde es Euch vormachen.“

Er ließ sich langsam herab; aber mochte er auch noch so gewandt sein, eine kluge Sache war's doch. Sechzig Fuß hoch über einem Abgrund zu schweben, als einzigen Halt ein Seil, das zerreißen kann, oder mit dem Eisen, an dem schwankend den Tau gegen die Felswand geschleudert zu werden — das ist eine kritische Lage, die selbst dem Mutigsten, Beherztesten Furcht einzustößen vermag.

Seine ganze Geschicklichkeit anbietend und jeden kleinsten Vorsprung im Gestein als Stütze für den Körper benutzend, erreichte Fanning jedoch ungefähr den Boden.

Nun kam die Reihe an Selwyn. Wenig geübt und von schwerem Gewicht, war es für ihn allerdings ein hartes Stück Arbeit, in ein lebensgefährliches Waagniß. Mehr als einmal schien er nahe daran, das Seil loszu-

lassen, weil ihm das Einschneiden des Striches in die Hände und das Anschlagen gegen die Felswand zu heftige Schmerzen verursachte. Doch der Selbsterhaltungstrieb machte sich immer wieder geltend, und so kam auch er schließlich, wenngleich mehr tot als lebendig, unten an.

Nachdem er seinem Herzen durch ein kräftigen Fluch Luft gemacht und die ganze „Höllensfahrt“ zu allen Teufeln gewünscht hatte, beruhigte sich sein aufgeregtes Gemüth allmählich wieder und das Interesse, welches die fremdartige Umgebung ihm einflößte, überwoog zuletzt jedes andere Gefühl.

Und in der Tat es war ein eigenartiges Bild, das sich dem Auge des Beschauers darbot. Ringsumher mächtige, zum Himmel aufstrebende Felsen, die wie eine kleinerne Mauer den Platz umschlossen, dessen ungründlichen Boden nie zuvor ein menschlicher Fuß betreten hatte, über den die Natur dahingerauscht waren, ohne eine Spur zu hinterlassen und der doch einen Schatz harrte den Tausende zu erringen versucht hätten, wäre ihnen seine Existenz bekannt gewesen.

Fanning und Selwyn waren die Ersten, die dieses unentweichte Fleckchen Erde betraten, denn selbst die Eingeborenen, von Aheralaphen und schreckhaften Verheerungen erfüllt, hatten sich nie hierher gewagt. Ah! Sie war dieser leuchtende Stein ein überirdischer Geist, ein unheimlicher Dämon, der die Nacht besaß, Tod und Verderben zu bringen, und den sie daher bewachten wie ein geheiligtes Götzenbild.

22. Kapitel.

Das Auge der Nacht.

„Dies ist der richtige Boden für Diamanten“, bemerkte Fanning schmunzelnd, als er mit seinem Weibel die felsartige Erde aufdeckte und ihre tonhaltigen Bestandteile prüfte. „Außer dem Quarzstein müssen sich hier noch eine ganz hübsche Anzahl kleinerer finden lassen. Ich hatte wirklich recht!“

Mit diesen Worten bläute er sich und hob einen erbsengroßen kugelförmigen Stein auf, dessen Flächen selbst im ungeschliffenen Zustande außerordentlich gleichmäßig waren.

„Da, Selwyn“, laute er, seinen Mund dem anderen

hinhaltend. „Es ist der erste! Behaltet ihn und jehi ihn Euch in eine Krawattennadel!“

Es war charakteristisch für die selbstlose Besinnung Fannings, daß er, der um dieses Schatzes willen wiederholt so viele Gefahren bestanden, seine erste Beute dem Freunde überließ, der dieselbe — ebenso bezeichnend für dessen Art — ohne Jögern annahm.

„Ach, denke, wir können erst den dicken Burschen auf“, schlug Fanning vor. „Das Kleingeld“ ist ja eigentlich nur Nebenfache.“ Gegenüber der Stelle, wo sie standen, befand sich ein isolierter, kaum zwölf Fuß hoher Felsstein, wie ein Zahn gesormt und mitten durchgespalten, als habe ihn ein Krähel getroffen. An der mit Quarzstreifen durchsetzten Vorderfläche zeigten sich vier weiße Kalkbrücke; sie rührten von den Felsen her, die Fanning am Abend zuvor abgeackert hatte, und legten ein bereites Revanir für seine Trefflichkeit ab.

In der Nähe dieser Werkzeuge mußte sich der gefuchte Schatz befinden. Das sagten sich die beiden Männer, als sie in beareistlicher Spannung und Erregung Umhau blickten. Und in der Art, wie sie dies tat, zeigten sich ebenfalls ihre große Charakterverschiedenheit. Während Selwyn den Felsen mit ungeschümmtem Eifer von allen Seiten untersuchte, glitt Fannings prüfender Blick rubig und achsam über das Gestein.

An der Oberfläche Abt er nicht“, murmelte Fanning vor sich hin. „er kann in der Spalte stecken.“ Diese war sehr tief und oben breit genug, einen menschlichen Körper durchzulassen; aber die Dunkelheit, die in dem engen Raum herrschte, erschwerte die Besichtigung ungemein. In diesem Augenblick fielen die ersten Strahlen der Sonne über die Felswände in den Krater hinab. Langsam hob sich die orange frostige Luft, und das leuchtende Tagesgestirn brach herrlich in alle Winkel, selbst die finstere Ritze des Gesteins mit seinem Glanz erhellend.

Fanning krügte in gebückter Stellung vor dem Spalt, doch plötzlich fuhr er wie geblendet zurück. Nicht zwei Schritte vor ihm entfaltete sich und blühte etwas im Widerschein des eindringenden Sonnenlichtes.

(Fortsetzung folgt.)

Von etwa 1000 Mann, die sich in der Nacht... Alles andere wurde von den Truppen geschlo-

sei die nicht zu umgehende Aufgabe der bürgerlichen Parteien, um der Gefahr einer kommenden blutigen Revolution zu begegnen. Es sei höchste Zeit zu handeln.

Kriegslücher. Der hiesigen Kriegslücher sind in letzter Zeit namhafte, außerordentliche Geschenke überwiesen worden.

Die Handwerkskammer Wiesbaden schreibt über Beitr. Kreditgewährung an Kriegsteilnehmer folgendes: Die Ereignisse der neueren Zeit lassen eine baldige Demobilisierung und damit Rückkehr der enderufenen Handwerker erwarten.

Ueber Arbeitsmangel in der Landwirtschaft wird uns geschrieben: Nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes meldeten sich in der

Landwirtschaft im Monat September für 100 offene Stellen nur 92 Arbeitsuchende. Noch ungünstiger war das Verhältnis in der Forstwirtschaft, wo auf 100 offene Stellen nicht mehr als 59 Arbeitsuchende kamen.

Landwirtschaftliche Orts- und Gemeindeausschüsse zur Sicherung der Volksernährung! Die Ernährung des Volkes ist die wichtigste Aufgabe, die zurzeit allem anderen voranzustehen muß.

Die Gründungsfeier der Gesellschaft „Lobengrin“ am vergangenen Sonntag fand großen Anklang. Der Saal des Gasthauses „Drei Kronen“ war dicht besetzt.

Am dem herrschenden Geldmangel zu steuern, hat die Firma Kalle & Co., Viebrich, Gutschewine in Höhe von 5, 10 und 20 Mark mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1918 herausgegeben.

Allerlei Nachrichten.

Siegesfeiern.

Dr. Rotterdam, 20. Nov. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet aus Paris, daß die Monarchen der alliierten Länder sich zu einem Triumphzug der alliierten Truppen durch den Triumphbogen von Paris über die Elyseefelder in das Innere der Stadt begeben.

Die republikanische Partei Nordamerikas schlug in der Kammer vor, am 14. Juli 1919 eine Weltfeier des Sieges der Alliierten zu organisieren.

Die tschechoslowakische Nation.

(b.) Wien, 20. Nov. Die Vertreter der bolschewistischen Regierung Rußlands, die in den letzten Tagen in Prag weilten, wurden von der Polizei ausgewiesen.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 21. November 1918.

h Dringende Mahnung. Seit einigen Tagen hält fast zu jeder Tageszeit ein Militärzug auf einem Nebengleis der Eisenbahn, und unsere Schuljugend treibt sich infolge dessen fast unausgesetzt an dieser Stelle auf den im Betrieb befindlichen Bahngleisen umher.

Die am Dienstag abend von der Fortschrittlichen Volkspartei abgehaltene Volksversammlung war ebenfalls wieder außerordentlich gut besucht. Namenlich waren auch die Frauen wieder sehr zahlreich vertreten.

ein entgegen zu lassen. Der Religionsunterricht soll an den Volks- und Mittelschulen obligatorisch erklärt werden. Religionsübungen an allen Schulen sind aber unzulässig und sind außerhalb der Unterrichtsstunden abzuhalten.

Die tschechisch-polnische Legion, die in den Reihen der Entente in Italien gegen die österreichisch-ungarische Armee gekämpft hat, wird in den nächsten Tagen auf dem Rückzug in die tschechisch-polnische Republik die Stadt Wien passieren. Italienischer Militär befindet sich in Begleitung; ein italienischer General führt das Kommando. Wie es heißt, sollen sich diese Truppen einige Tage in Wien aufhalten.

Die Vorgänge in Warschau.

(r.) Berlin, 20. Nov. Ueber die revolutionären Vorgänge in Warschau gibt ein Verwaltungsbeamter im „Lokalanzeiger“ eine Schilderung. Der Jändstoss habe schon lange in der Luft gelegen. Verschiedene deutsche Polizeibeamten seien erschossen worden, und von den ersten Novembertagen an mehren sich die Opfer unter den deutschen Soldaten. Am 9. November sei besonders viel auf den Straßen geschossen worden, und die Entwaffnung einzelner deutscher Soldaten begann. Am 11. November ließ sich die 17 000 Mann starke deutsche Garnison von den 4500 Legionären, die nur 100 Gewehre besaßen, entwaffnen. Am gleichen Tage ergab sich die Zitadelle bis auf ein Fort. Am 12. November berichteten die polnischen Zeitungen triumphierend über die Beute. Die „Gazeta Poronna“ berichtet darüber: Den Kutscharen wurden 300 Pferde abgenommen, den Husaren 1000, dem Spital 200 und einem Zug, der aus der Ukraine kam, 400 Pferde. Aus dem Flugplatz Mokotow wurden 30 fertige und 40 demolierte Flugzeuge „erobert“. Auf der Chmielna-Straße wurden die Depots für Artzmittel und Verbandzeug geplündert, deren Wert auf 28 Millionen Mark geschätzt wird. Auf dem Bahnhof Warschau-Praga wurden 61 gefüllte Gebäude mit Proviant, Uniformen, Munition für mehrere Millionen mit Beschlag belegt. Den Polen mußten 113 000 Waggons mit 15 Lokomotiven, ferner Stahl und alles Zubehör überlassen werden. Der Schaden ohne Eisenbahnmateriale beläuft sich auf über 700 Millionen Mark. — Der Soldatenrat trägt mit Pilsudski, in dessen Händen nun alle Gewalt ruht, in Verbindung. Er versprach den ruhigen Abtransport der Soldaten und Beamten; das sind einschließlich der Frauen etwa 700 000 Personen. Er stellte die Bedingung, daß die Abreise ohne Waffen und nur mit Nahrungsmitteln für etwa acht Tage erfolgen und niemand mehr als 1000 Mark bei sich tragen darf.

Bürgerkrieg in der Ukraine.

(d.) Berlin, 20. Nov. Ein Bürgerkrieg in der Ukraine ist nach den „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“ in Fluß. Der Hetman der Ukraine, Skoropadski, ist nicht, wie verlautet, gestürzt worden, wohl aber hat er ein rechtsstehendes großrussisch orientiertes Kabinett berufen, das sich wahrscheinlich in Verbindung mit der Entente, für die Wiederherstellung eines Großrussland aussprechen wird. Der Nationale Bund, der alle linksstehenden Parteien umfaßt und am Programm der ukrainischen Unabhängigkeit festhält, hat das nicht ruhig hingenommen. Unter Führung des Ministers Winitschenko und des Generals Petura haben sich nationale Truppen zusammengeschlossen und eine Gegenregierung gebildet. Sie marschieren auf Kiev zu. Von verschiedenen Seiten der Ukraine werden Kampfe gemeldet. Die deutschen Truppen haben den Befehl erhalten, in diesem Konflikt unter allen Umständen Neutralität zu beobachten und nur die zur Sicherstellung ihrer möglichst bald erfolgenden Heimkehr notwendigen Maßnahmen zu treffen.

(w.) Wien, 20. Nov. Die Städte Lemberg und Boryslaw sind im unbesetzten Besitz der Ukrainer. Die polnischen Truppen in beiden Städten wurden nach großen Verlusten gefangen genommen.

In der Bewegung in Brüssel.

(b.) Köln, 19. Nov. Das Nachrichtenbüro des Arbeiter- und Soldatenrates teilt folgenden Bericht des Vollzugsausschusses des Zentral Soldatenrates Brüssel über die Bewegung in Brüssel mit: Die Bewegung begann am Samstag Nachmittag. Das Gouvernement dankte am Sonntag Nachmittag um 3 Uhr ab. Wenige Stunden darnach wehte vom Generalgouvernement die rote Fahne. Der Soldatenrat bildete sich am Sonntag Nachmittag. Bald ging die Bewegung auch auf die Belgier mit über, bei denen sie einen chauvinistischen, deutschfeindlichen Einschlag erhielt. Der Soldatenrat beschloß die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, auch belgischer Nationalität. U. a. wurde auch der sozialistische Senator Colson freigelassen. Der Soldatenrat übernahm am Sonntag noch die „Deutsche Brüsseler Zeitung“. Die Bewegung schwoll immer mächtiger an. Tausende von deutschen Marschieren bedrohten den Abtransport und die Verpflegung der zurückkehrenden Truppen. An zentralen Punkten der Stadt gab es auch unsererseits 40 Tote. Die ganze Zivilverwaltung war in topfloser Auflösung begriffen. Dem Soldatenrat gelang es zunächst nur 40 Mann der Sicherheitswachen zusammenzubringen. Am Montag wurden Beziehungen zu den neutralen Gesandten und den belgischen Behörden einschließlich des neutralen Ernährungskomitees gesucht und gefunden. Dem Ernährungskomitee wurden sämtliche deutsche Lebensmittel übergeben. Die belgischen Gerichte wurden wieder eingesetzt und der Bürgermeister Marx im Automobil von Goslar zurückgeholt. Am Dienstag wurden mit den zurückkehrenden Fronttruppen und deren Stäben Verhandlungen aufgenommen, die ein Nebeneinanderarbeiten zur Folge hatten. Die Verpflegung der Truppen wurde gesichert, alle Posten niedergeschlagen. Am gleichen Tage vollzog sich die Angliederung der Soldatenrate Antwerpens, Beverloos und Kamurs an den Brüsseler Soldatenrat. Die durch Plünderungen entstandenen Schäden wurden im Laufe des Mittwochs wieder gut gemacht. Am Dienstag war die ganze Stadt von Besprengten gesäubert und ein geordneter Abmarsch der Truppen gesichert, sodas der Vollzugsausschuss am Freitag den belgischen Behörden ein geführtes und ruhiges Brüssel übergeben konnte.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber Sohn, Bruder und Bräutigam

Jakob Dietrich

von seinem Leiden, welches er sich im Felde zugezogen hatte, gestern abend im Alter von 20 Jahren durch einen sanften Tod erlöst wurde.

Die trauernden Eltern und Geschwister.

Heinrich Dietrich

Lina Kress, Braut.

Schierstein, den 20. November 1918.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Zeilstrasse 16, aus statt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Weizengries.

Die Ausgabe von Weizengries für Kinder und Kranke erfolgt Freitag, den 22. ds. Mts. von 9-10 Uhr gegen Vorzeigung der Ausweise auf Zimmer 4 im Rathause. Auf Nr. 16 der Lebensmittelkarte gelangt zur Ausgabe Weizengries, Weizenmehl, Kaffee-Ertrag und Suppenwürfel. Die Karten sind bis Freitag abend 6 Uhr in den Geschäften abzugeben, und die Geschäftsinhaber haben dieselben bis Samstag vormittag 9 Uhr auf Zimmer 11 im Rathause abzugeben.

Die Ausgabe der für die Versorgungszeit vom 24. November 1918 bis 15. August 1919 geltenden blauen Kartoffelkarte findet gegen Rückgabe der Stammschnitte der roten Karte am

Freitag, den 22. d. Mts.

im Sitzungssaale des Rathauses statt und zwar:

von 2-3 Uhr für den 1. Broikartenbezirk	
3-4 " " " 4. "	
4-5 " " " 2. "	
5-6 " " " 3. "	

Personen, die sich nicht mit eigener Unterschrift bis spätestens 22. d. Mts. in die Liste bei einer Verkaufsstelle eingetragen haben, sind nicht bezugsberechtigt.

Der Bezug von Kartoffeln auf noch nicht gültige, sowie auf abgelaufene Karten wird streng bestraft.

Die Einwohnerschaft wird aufgefordert, zu Ehren der heimkehrenden Krieger die Häuser zu beslaggen und auszumücken.

Tannengrün kann zu diesem Zwecke in beschränkter Menge auf dem alten Schulhofe abgeholt werden.

Die Witwe Kublendeck, hier, ist mit der Erhebung der Hauskollekte zum Besten der Allgemeinen Waisenpflege beauftragt und wird dieselbe mit Rücksicht auf den guten Zweck bestens empfohlen.

Schierstein, den 21. November 1918.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Atelier für mod. Photographie.

F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder, Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild.

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6 1/2 Uhr. Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6 1/2 Uhr geöffnet.

Raninchen- und Geflügelzucht-Berein Schierstein E. B.

Sonntag, 24. November, vormittags von 9-10 Uhr Futterausgabe für Hühner.

Samstag, den 23. November, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Versammlung.

Der Vorstand.

Zuverlässiger, pünktlicher Zeitungsträger sofort gesucht. Schiersteiner Zeitung.

Entlaufen

ein

Hund

(Setter)

Wiederbringer erhält Belohnung. Frau Vir. Kunz.

Junger Mann

sucht Stelle als Wächter, Portier oder Bürodiener. Näheres Zahnstraße 5 Hinterhaus.

Arbeiter und Arbeiterinnen

finden dauernde Beschäftigung.

Sekthellerei Söhnelein.

Hierdurch teilen wir Ihnen mit,

daß wir uns durch den herrschenden Geldmangel genötigt sahen, für den Verkehr innerhalb unseres Werkes

Gutscheine

Aber M. 20, —	Nr. 1 — 1711,
M. 10, —	" 1 — 1711,
M. 5, —	" 1 — 1711,

unter dem 1. November 1918 mit einer Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1918 herauszugeben, die handschriftlich von zwei Zeichnungsberechtigten unserer Firma unterzeichnet sind.

Nach einer Vereinbarung mit dem Bürgermeisteramt in Schierstein werden diese Scheine auch an der Gemeindekasse zum vollen Betrage bis zum 31. Dezember 1918 in Zahlung genommen.

Biebrich a. Rh., den 21. November 1918.

Kalle & Co. Aktiengesellschaft.

Kräftige Arbeiter und Arbeiterinnen

sofort gesucht.

Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals G. Scheidemannel Schierstein.

Maschinenschlosser, Eisendreher, Hilfsarbeiter

für dauernde Arbeit gesucht.

Maschinenfabrik Rhenua, E. Mauthe, Niederwalluf a. Rhein.

Lokalgewerbeverein Schierstein.

Der

Zeichenunterricht

an der hiesigen Fortbildungsschule nimmt vom Sonntag den 24. d. Mts. an wieder seinen regelmäßigen Fortgang. Der Unterricht für die Unterstufe (schmückende Gewerbe) ist von 8-10 und der der älteren Jahrgänge von 10-12 Uhr vormittags.

Schierstein, den 21. November 1918

Der Vorstand.

Lüchtige Arbeiter

finden ständige Beschäftigung bei

Rheingau Elektrizitätswerke A.-G., Eltville a. Rhein.